

Politische Erziehung.

Die großen Wahlrechtsdemonstrationen am 13. Februar bedeuten einen wichtigen Schritt in der Freiheitsbewegung des Proletariats. Auch wenn sie nicht sofort ein sichtbares Resultat in der Gesetzgebung aufweisen, so sind sie deshalb noch nicht wirkungslos. Das Parlament kann nur ausdrücken und festlegen, was sich zuvor im praktischen Leben durchgesetzt. Hier hat sich die Arbeiterschaft das Recht auf die Strafe endgültig erobert; sie hat die Sinnlosigkeit der Eingriffe der Polizei in dieses Recht klar dargestellt, und die Polizei hat sich als das einzige ordnungsfördernde Element erwiesen. Ein gewaltiges Stück Erziehungsarbeit haben diese Demonstrationen geleistet, und darin liegt ihr Hauptwert. Die Arbeiter haben gezeigt, wie man sich neue staatsbürglerliche Rechte erwirbt: dadurch, daß man sie sich einfach nimmt. Sie haben das Demonstrationsrecht genommen, und damit ist einem Teil der bürgerlichen Presse wenigstens so viel Platz aufgegangen, daß sie die Anerkennung des Rechts fordern, die Strafe zu politischen Kundgebungen zu benutzen.

Aber diese neue Erfahrung nimmt da und dort recht sonderbare Formen an. So schrieb das Berliner Tageblatt, das als das fortschrittlichste unter den freisinnigen Organen gilt, sofort nach den Demonstrationen: „Das (dah es zu Zusammenstößen kommt) wird erst verschwinden, wenn die Polizei sich und das Publikum systematisch zur Selbstständigkeit und Mündigkeit erziehen.“ Die Polizei soll das Volk zur Selbstständigkeit erziehen! In diesem Verlangen offenbart sich die ganze Geistesgröße des deutschen Freiheitsmenschen. Diese stolzen Mannesseen wollen frei und selbständig sein, nach englischem Muster. Aber nicht aus eigener Kraft soll die Nation sich diese Freiheit erwerben, bewahren, so ein frecher Gedanke! Wofür hat denn der deutsche Bürger sonst die Polizei? Die Polizei, die vaterlich für ihn sorgt, die bei jeder Schwierigkeit des Lebens sein Zuverlaß ist, die ihn bisweilen, wenn er ungezogen ist, mit Gummiknöpfen oder Säbeln lieblos streicht, diese Polizei soll ihn jetzt, da er plötzlich das Bedürfnis nach Mündigkeit spürt, zur Mündigkeit erziehen. Und die, die diesen grotesken Einfalls nicht ironisch, sondern im Ernst äußern, bilden den radikalsten, den fortschrittlichsten Teil der deutschen Bourgeoisie.

Allerdings ist die Polizei als Erzieherin in Deutschland keine unbekannte Wortverbindung, die bloß ein schallendes Gelächter hervorruft könnte. Wir kennen sie längst aus dem Mund des Junker. Sie bildet einen Teil der konservativen Weltanschauung, sie gehört zur altehrwürdigen preußischen Tradition. Aus dem Despotismus des 16. Jahrhunderts hat die preußische Staatsräson diese Auffassung der Polizei, des ausführenden Organs der alles bevormundenden und unterdrückenden Staatsgewalt bis in unsre Zeit hinübergerettet. Über auch dem dümmsten Junker wäre nie der komische Gedanke gekommen, das Ziel dieser Erziehung könne die Staatsbürgersfreiheit sein. Zur Unterwerfung sollte der Deutsche von Jugend auf erzogen werden. In der Schule vom Lehrer geprägt, in der Kaserne vom Unteroffizier mishandelt, nachher von der Polizei kusoniert, — dieses ganze Erziehungssystem diente anerkannt nur zum Eindrillen des stummen Gehorsams, und dazu war es auch ganz geeignet. Die Polizei als Erzieherin — ein treffendes Bild der preußisch-deutschen Kultur! Aber ein noch viel treffenderes Bild der feinen Charakterlosigkeit einer Klasse ohne revolutionäre Vergangenheit, deren fortgeschrittenes Organ glaubt, die sie barbarische, kulturstötende Unterdrückungsapparatur liege sich zur Erziehung zur Freiheit verwenden.

Soweit man von politischer Erziehung reden darf, haben die Wahlrechtsdemonstrationen bewiesen, daß es sich gerade umgekehrt verhält. Die Masse soll die Polizei zur Vernunft erziehen. Zur Freiheit kann nur das Volk selbst sich erziehen. Allerdings soll man sich von dieser Erziehung kein verkehrtes Bild machen.

Der Glaube, man könne die Polizei zur Vernunft erziehen, enthält immer noch einen Rest von Polizeifrämmigkeit. Denn er sieht voraus, daß die Polizei eine vernünftige Institution sei, die das Wohl aller Bürger will, und nur weil sie irrtümlicherweise in unsern Demonstrationen eine Unordnung erblickt, diese zu hindern suche. Nach dieser Auffassung könnte es in der Tat nicht ausichtslos erscheinen, der Polizei durch mustergültiges Benehmen zu zeigen, daß es ohne ihre Einmischung besser geht, damit sie ihren Irrtum einseht und uns Ruh läuft. Über so liegt die Sache nicht. Die Polizei steht im Dienste unserer Klassenfeinde, unserer Bedrückter, die unsre ruhigen, machtvollen Demonstrationen fürchten und lieber Krawalle feiern. Sie wird daher mit ihren Angriffen nicht aus Vernunft aushören, sondern höchstens aus Furcht, die Bevölkerung noch mehr aufzureißen. Nur in diesem Sinne wäre die Polizei zur Vernunft zu erziehen, daß sie es nicht mehr wagt, unsre Kundgebungen zu stören. Aber sogar dies ist zweifelhaft, denn die herrschenden Klassen fühlen sehr gut, daß sie zu viel auf dem Spiele steht, um die Volksproteste sich frei entfalten zu lassen.

Die Selbsterziehung des Volkes soll auch nicht in dem Sinne verstanden werden, daß es durch die Praxis der eignen Demonstrationen die Kunst erlernen muß, sich auf der Straße politisch zu betätigen. Die Demonstrationen haben vor allem klar erwiesen, daß hier nichts mehr zu lernen ist, daß keine Erziehung nötig ist, daß diese Fähigkeit, diese politische Kette schon längst da ist. Das ist auch keine unerwartete, außäufige Erscheinung. Immer wenn in der Geschichte eine große Volksklasse ihre Geschichte selbst

in die Hand nahm, zeigte sie eine politische Fähigkeit und eine klare praktische Einsicht in der Ordnung der eignen Angelegenheiten, die nur durch die störenden Eingriffe der herrschenden Klassen zugrunde gingen, die aber die Goldschreiber dieser Klassen vergebens zu verlässt zu gelöst haben. Für das heutige Proletariat gilt das nur noch in viel höherem Maße, weil es sich in langen Kämpfen einen starken inneren Organisationsgeist ausgebildet hat.

Aber in ganz anderem Sinne ist es richtig, daß die Wahlrechtsdemonstrationen ein bedeutendes Stück Selbsterziehung der Masse bilden. Was ihr fehlt, ist nicht Organisationstalent und Disziplin, sondern nur Vertrauen in die eigne Kraft und Fähigkeit. Ihre Empörung gegen die herrschenden Klassen enthält noch zu wenig Verachtung für deren hämmerliche Unfähigkeit. Die Demonstrationen haben nun dem Volke einen Begriff der eignen Macht gegeben, nicht bloß ihrer materiellen Macht der Anzahl, sondern vor allem ihrer geistigen und sitzlichen Überlegenheit. Die klassenbewußten Arbeiter wußten theoretisch schon längst, daß die Polizei nur ein Gewaltmittel in den Händen der Herrscher ist. Hier aber wurde es den weitesten Bevölkerungskreisen handgreiflich vor Augen geführt, daß das arbeitende Volk das ordnende, organisierte, vernünftige Element ist, während die Polizei, jene Vorsehung des biederem Bürgers, als ein haufen brutaler Gewaltmenschen erscheint, zu nichts andern fähig, als die Ordnung des Volkes sinnlos zu stören. Diese Erfahrung wird zweifellos die Zuersticht der großen Volksmasse in ihre eigne Fähigkeit, die Gesellschaft zu organisieren, stark erhöhen, ihre Erfurcht vor der Staatsgewalt der herrschenden verringern, und sie zum energischeren Kampfe für die Freiheit anstrengen. Denn erst, wenn sie den Junktoren die Macht aus den Händen gerungen hat, wird sie frei sein und ihre Ordnung unbehindert verwirklichen können.

Haus der Partei.

Kautsky und Umbrecht. Auf die neulich von uns kurz gewürdigte unerhörte Beschimpfung des Genossen Kautsky durch das Korrespondenzblatt der Generalkommission — eine Beschimpfung, die ihrem Verfasser Umbrecht reiche Vorbeikräfte aus der arbeiterfeindlichen Presse einträgt — antwortet jetzt Kautsky in ruhiger Form in der Neuen Zeit. Er schreibt:

In eigener Sache. Seit dem Sommer vorligen Jahres schleudert Umbrecht von Zeit zu Zeit die schwersten Beschimpfungen gegen mich.

Ohne daß ich ihm die geringste Veranlassung dazu gegeben, eröffnete er seine Angriffe im Korrespondenzblatt vom 10. Juni 1900, wo er mir vorwarf, daß ich zur Er schwern der Arbeiterbewegung die Zahlen einer amerikanischen Statistik „kritiklos“ benütze, obwohl sie ersichtliche Rechenschäler enthalte und falsch sei. Als ich ihm nachwies, daß er es sei, der nicht rechnen könne, brachte er am 14. August einen Artikel: „Wie Kautsky amerikanische Statistiken verwendet“, in dem er seine erste Behauptung zurücknehmen mußte, seinen Rückzug aber nur durch die neue, noch stärkere Befreiung zu decken suchte, ich hätte die amerikanische Statistik falsch verwendet, aus ihr entscheidende Stellen unterschlagen, um die Erfolge der amerikanischen Gewerkschaften herauszubauen, und es sei „irrig, für die amerikanische Arbeiterschaft das zu schließen, was Kautsky für gut findet“.

Vor kurzem kam ich in Besitz einer von der Generalkommission herausgegebenen Schrift, die alles das bestätigt, was ich für die amerikanische Arbeiterschaft aus der Statistik schloß. Was sagt jetzt Umbrecht?

Im Korrespondenzblatt vom 12. Februar macht er nicht den leidesten Versuch mehr, meine Feststellung zu bestreiten, daß in Amerika die Lebensmittelpreise stärker steigen als die Löhne. Aber statt offen zu gestehen, daß er sich geirrt, versucht er wieder, seinen Misserfolg durch eine verstärkte Beschimpfung zu verdecken. Er behauptet jetzt, daß ich die Tatsache verdrehe. Die vorjährige Polemik behandelte lediglich die Frage, ob man aus einer für Amerika aufgemachten Statistik auf die Erfolge und Misserfolge der Gewerkschaften in Deutschland schließen darf — als ob ich jemals auch nur den leidesten Versuch gemacht hätte, die bisherigen Erfolge und Misserfolge der Gewerkschaften in Deutschland auf Grund amerikanischer Zahlen beurteilen zu wollen! Und daraus folgert Umbrecht:

Seine (Kautsky's) Methode bleibt immer die gleiche: eine unerreichbare Kunst der Mistäuscherei, in der er es mindestens so weit gebracht hat, wie die amerikanischen Trustmagnaten in der Lebensmittelpreistreiberei.

Mit andern Worten: meine Methode besteht in plausibarem Vertragen der Parteigenossen. Schon einmal hatte Umbrecht diesen Anwurf gegen mich geschleudert; im Korrespondenzblatt vom 2. Oktober hatte er mir direkt „Unehrlichkeit“ vorgeworfen. Ich begnügte mich damals damit, diese Beschimpfung lebhafter zu hängen, weil ich annahm, Umbrecht werde sich bei ruhigem Überlegen selbst ihrer schämen. Statt dessen wiederholte er sie jetzt in verstärkter Form. Und bei diesem Gegner muß ich darauf gefaßt sein, daß er weiteres Kapital daraus schlägt, wenn ich seinem Schlupfe das Schweigen der Berachtung entgegne.

Zweiterlei nur gibt es: Hat Umbrecht recht, dann verdiene ich nicht länger den Ehrennamen eines Sozialdemokraten und noch weniger ein Vertrauensamt in der Partei, dann bin ich ein ehrloser Fälscher. Bin ich es nicht, dann ist Umbrecht ein schamloser Verleumder.

Das Parteistatut bietet keine Instanz, diese Alternative zu entscheiden. Es bleibt mir nur übrig, den Parteivorstand, der mich zum Redakteur der Neuen Zeit gemacht hat, auf den Fall aufmerksam zu machen. Kommt er zu dem Ergebnis, daß von den Umbrechters Beschuldigungen bewußter Irreführung der Genossen zum Zwecke der Schädigung der Gewerkschaften auch nur ein Tätscheln wahr ist, dann hat er die Pflicht, mich als unvollständig meines Postens zu entheben.

Kommt er zu diesem Schluß nicht, dann bestätigt er damit mein Urteil über Umbrecht.

Kautsky.

Maurenbrecher und die Volksliste. Der Vorwärts schreibt am Donnerstag über Maurenbrecher:

Als ein konsequenter Lokalpolitiker sieht sich „der sozialdemokratische Theologe und Historiker Dr. Max Maurenbrecher“ — so nennt er sich in seinem Reklameheft selber — entwickeln zu wollen. Nachdem er erst kürzlich in einem gesperrten Lokale in Leipzig Vorträge über Jesus gehalten hat, werden jetzt vom Buchverlag der Hilse die gleichen Vorträge für Berlin angekündigt, die in dem für die Berliner Arbeiterschaft erzielten Volksatz des Berliner Lehrervereinshauses am Alexanderplatz stattfinden sollen. Unverständlich ist, wie ein Mann wie Maurenbrecher es fertig bringen kann, die Beschlüsse der Parteigremien in der Lokalfrage so zu mißachten, wie er es tut. Wer Anspruch auf den Ehrennamen eines Parteigenossen erhebt, von dem ist zu verlangen, daß er die Parteibeschlüsse respektiert.

Maurenbrecher antwortet darauf:

Erstens. Diese und ähnliche Vorträge, die ich noch in anderen Städten halten werde, sind ein geschäftliches Unternehmen des Verlags der Hilse, bei dem ein Buch von mir über die Entwicklung des Christentums erscheint. Der erste Band unter dem Titel Von Nazareth nach Golgatha ist im letzten Herbst erschienen, der zweite Band unter dem Titel Von Jerusalem nach Rom wird wahrscheinlich an Ostern herauskommen. Ich habe mit der geschäftlichen Vorbereitung dieser Vorträge nichts zu tun, habe also weder Einfluss auf die Wahl des Tales, noch auf die Preise der Blätter, noch auf die Wahl des Datums, noch schließlich auf die Art der Propaganda, die für diese Vorträge gemacht wird. So wenig es aber einer Verlagsbuchhandlung verweht werden kann, zur Propaganda für die in ihrem Verlage erschienenen Bücher günstige Zeitungsberichte abzudrucken und auch persönliche Mitteilungen über den Autor zu machen, so wenig kann es dem Verlag der Hilse verweilt werden, wenn er diese bei allen Verlegern übliche Methode auch auf die Propaganda dieser Vorträge überträgt.

Zweitens. Der Ausdruck „Sozialdemokratischer Theologe“ gefällt auch mir nicht, da ich mich nicht mehr als „Theologe“ fühle. Sobald ich ihn sah, habe ich den Verlag gebeten, in allen Prospekten, die neu gedruckt werden, den Ausdruck durch den sachgemäßen zu ersetzen: der Sozialistische Religionshistoriker. Die Prospekte, die einmal gedruckt sind, müssen natürlich verbraucht werden.

Drittens. Es steht natürlich jedem Parteigenossen frei, über die Art und Weise oder über den Inhalt dieser Feuervorträge zu denken, was er will. Ebenso aber steht es mir frei, meine wissenschaftlichen Studien in der Welt und an dem Ort zu verwerfen, wo ich will. Darüber hat weder der einzelne Parteigenosse noch die Polizei als solche das Recht zu einem Urteil. Es müßte denn zuvor ein Parteigesetz erlassen werden, daß kein zur Partei gehöriger Schriftsteller für eine Verlagsbuchhandlung arbeiten darf, die der Partei nicht gehört, daß kein Rechtsanwalt den Prozeß eines bürgerlichen Klienten führen, kein Arzt für die Behandlung eines bürgerlichen Kranken Honorar nehmen, und daß kein Arbeiter für einen bürgerlichen Unternehmer Rechnung erzeugen darf. Bis es nicht ein solches Parteigesetz gibt, kommt es nicht darauf an, wie und wo ich meine wissenschaftlichen Studien verwerfe, sondern darauf, was diese Studien an sich wert sind und ob sie in ihrem Ergebnis der Arbeiterklasse eine Förderung oder eine Hindernis auf ihrem Wege zur Emanzipation bedeuten. Und nach diesen Richtungen hin habe ich das denkbare beste Gewissen.

Viertens. Ich habe dem Verlag der Hilse gebeten und er ist bereitwillig darauf eingegangen, daß in jeder Stadt, wo ich bereit, Vorsorge getroffen wird, daß den organisierten Arbeitern Eintrittskarten zu einem ermäßigten Preise geboten werden. Diese Sitze wird unsre Seite beibehalten, ohne daß wir uns um das Geist clinger Partejournalisten weiter bemühen, die offenbar mehr freie Zeit haben als ich.

Endem ich diese Erklärungen abgebe, schließe ich meinerseits jede weitere Diskussion, indem ich es nur den Redaktionen der Parteipresse wie jeder andern Zeitung um einzelnen Orte überlasse, ob und wie sie zu meinen jeweiligen Vorträgen vorher oder nachher Stellung zu nehmen belieben.

Max Maurenbrecher, Erlangen.

Als Sozialdemokrat eines bürgerlichen antisozialdemokratischen Verlags Volksausklärung in boykottierten Sälen zu treiben — diese Widersprüche sind allerdings noch krasser als alle Wunder des Alten und des Neuen Testaments, und sie den Arbeitern plausibel zu machen, wird selbts dem „sozialistischen Religionshistoriker“ Maurenbrecher nicht gelingen. Wer der Sozialdemokratie anzugehören die Ehre hat, darf sich eben nicht von rein geschäftsmäßigen Geschäftspunkten treiben lassen. Daß das noch dem Genossen Maurenbrecher gesagt werden muss, beweist, wie wenig er innerlich der Partei angehört.

Eingeschlossene Schriften.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Die Strahlenkunstgebungen. — Herrn Tugan-Baranowsky's Marx-Kritik. Von Anton Pannekoek. — Steuerprobleme. Von F. Karl. — Wie können wir den Gefahren der ungelernten Frauenarbeit entgegenwirken? Von Hilda Maurenbrecher. — Literarische Mundschau: Albert Scobel, Geographisches Handbuch. Von M. N. — Notizen: In eigener Sache. Von F. Kautsky. Budget eines lebigen Arbeiters. Von A. R. — Zeitkrishaus.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Telegraphen zum Preise von 8.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Nummer 5 des Postillon ist soeben erschienen.

Soziale Rundschau.

Biegelsarbeiterepend.

Unter welch erbärmlichen Verhältnissen die Biegelsarbeiterei usw. leben müssen, davon gibt eine Schilderung der Zustände in den Gethainer Kalk-, Biegels- und Sandwerken ein treffendes Bild. Schon die Tatsache, daß alljährlich aus-

Räumungsverkauf

Wegen Überfüllung meines seit 1880 bestehenden 11297*

Monatsgarderobe-Geschäfts

empf.eleg.Winter- resp.Sommer-

Paleto, Rock u. Jackettanzüge,

Blusen, Poppen zu bedeutend

herabges. teilsweise bis zur Hälfte

der ursprünglichen Preise. Auch werden

elegante Fracke, Smokings sowie

Gehrockanzüge verliehen.

J. Kindermann

Galgäßen 9, L



halysia-Reformbutter

Ist der anerkannt beste

eebutter-Ersatz

Ges. gesch. Marke. 1 Pfd. 90 Pf. mit Gutscheinen; auf 80 Pfd. Einzelabnahme 1 Pfd. gratis.

(Pflanzen-Margarine),
garantiert nur aus Nussfett und Mandelmilch.

[1940*]

(Pflanzen-Margarine),
garantiert nur aus Nussfett und Mandelmilch.